

Sozialismus

www.Sozialismus.de

Elmar Alvater:
Klassenkampf von oben



Bernd Riexinger:
Zur Strategie der LINKEN



Thorsten Schulten: **Löhne
und Wettbewerbsfähigkeit**

Thomas Lakies: **Mindestlohn
– Viel Lärm um nichts?**

**Forum
Gewerkschaften**

Michael Brie: Naomi Kleins
»Kapitalismus vs. Klima«



Immerhin über 75% der Franzosen haben
Sie NICHT gewählt!!

NOCH NICHT!



Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter
www.sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen.

Nur im Netz:

Die Redaktion veröffentlicht regelmäßige Beiträge zwischen den monatlichen Printausgaben auf www.sozialismus.de

Fachkräftemangel? – Nur jeder fünfte Betrieb bildet aus!



Die Beschwörung eines akuten und künftig sich noch weiter verstärkenden Facharbeitermangels gehört zum Repertoire der Arbeitgeberverbände. Insbesondere im Zusammenhang mit gewerkschaftlichen Forderungen nach flexiblen Modellen für den Aufstieg von ArbeitnehmerInnen aus dem Erwerbsleben werden PR-Kampagnen gestartet, die auf fruchtbaren Boden fallen. ...

Regionalwahlen in den Niederlanden



Annähernd 13 Millionen Wahlberechtigte waren in den Niederlanden aufgerufen, 570 neue Abgeordnete für die zwölf Provinzparlamente zu bestimmen. Die Wahlbeteiligung lag in diesem Jahr bei 49% und damit gut 6% unter dem Wert bei den Provinzwahlen 2011 (55,9%). ...

Erste Ernte, offene Felder



Wo links schon gewirkt hat – und welche Herausforderungen die Linkspartei meistern muss: Die Vorsitzende der LINKEN in Thüringen und ihrer Fraktion im Thüringer Landtag, Susanne Hennig-Wellsow, hat die ersten 100 Tage bilanziert. ...

Klassenkampf von oben

Bernhard Sander: Rechtsruck in Frankreich	2
John P. Neelsen: Von Pressefreiheit zum Sicherheitsstaat Frankreich nach den Attentaten	3
Elmar Altvater: Politik mit dem Knüppel. Der europäische Umgang mit den griechischen Schulden ist Klassenkampf von oben	9
Joachim Bischoff/Björn Radke: Super-Gau in der Euro-Zone abgewendet?	14
Otto König/Richard Detje: »Pleite-Griechen«	
BILD-Kampagnenjournalismus erfordert solidarische Gegenwehr	19
Hasko Hüning: Brot, Bildung, Freiheit (Die Krimis von Petros Markaris)	16

Strategien statt Appelle

Bernd Riexinger: Verbindende Partei. Zur Strategie der LINKEN gegen die autoritäre Krisenpolitik der Großen Koalition und den rechten Kulturkampf	23
Alexander Recht/Paul Schäfer/Axel Troost/Alban Werner: Aprilthesen – Wo wir stehen und was getan werden sollte	31
Redaktion Sozialismus: Deutungsfähigkeit	37
Matthias W. Birkwald/Michael Popp: Flexi-Rente erst ab 70? Nein Danke!	38

Forum Gewerkschaften

Thorsten Schulten: Exportorientierung und ökonomische Ungleichgewichte in Europa. Welche Rolle spielt die deutsche Lohnentwicklung?	42
René Jokisch/Andrej Hunko: Versammlung für eine andere Politik Der Europarat als Feld gewerkschaftspolitischer Kämpfe	47
Hartmut Schulz: »Wir für mehr ...?« Tarifabschluss in der Metall- und Elektroindustrie 2015	50
Thomas Lakies: Viel Lärm um nichts? Das Mindestlohngesetz	52
Udo Achten: 125 Jahre internationaler Kampftag der Arbeiterbewegung	55

Kuba vs. Kapitalismus | Kapitalismus vs. Klima

Heinz Bierbaum: Kuba – ein Land im Umbruch	58
Michael Brie: Ändert dies wirklich alles? Fragen beim Lesen von Naomi Kleins neuem Buch	61

Erinnerungskultur

Christina Ujma: Pietro Ingrao wurde 100!	65
Aline Zieher: Sich zu erinnern, dafür ist es nie zu spät	67

Impressum | Veranstaltungen | Film

Impressum	63
Veranstaltungen & Tipps	68
Marion Fisch: Leviathan (Filmkritik)	69

Supplement

Werner Röhr: **Der türkische Völkermord an den Armeniern 1915/16**
Zur Kasuistik seiner Leugnung in der Gegenwart

Verbindende Partei

Zur Strategie der LINKEN gegen die Krisenpolitik der Großen Koalition und den rechten Kulturkampf

von | Bernd Riexinger

Seit Syrizas Wahlsieg weht ein neuer Wind in Europa: ein Wind des Aufbruchs gegen eine perspektivlose Krisenpolitik. Die sozial und wirtschaftlich gescheiterte Austeritätspolitik wurde in demokratischen Wahlen ebenso abgewählt wie das autoritäre Regime ihrer Durchsetzung mit Mitteln der finanziellen Erpressung und der Aushebelung der Demokratie durch die Troika. Aus den Zentralen der Akteure dieser autoritären Krisenpolitik – aus Frankfurt, Brüssel und Berlin – weht ein rauer Gegenwind. Bei den Verhandlungen über die Verlängerung des Kreditprogramms wurde die Syriza-Regierung erpresst. Die EZB tut alles, um den finanziellen Druck auf die griechische Regierung zu

erhöhen. Auch aus der deutschen Bundesregierung wurde wiederholt mit dem erzwungenen Austritt aus dem Euro gedroht – obwohl dieser derzeit für die neoliberalen Eliten in Deutschland und in der EU keine wirkliche Option darstellt. Mit der Pistole auf der Brust hat die Syriza-Regierung das Mögliche erreicht – vor allem Zeit gewonnen, um überhaupt anfangen zu können. Aber: Das Verhandlungsergebnis läuft auf eine Fortsetzung des laufenden Programms mit Korrekturen heraus. Die sozialen So-

■ *Bernd Riexinger* ist Parteivorsitzender der LINKEN, zuvor war er lange Jahre Geschäftsführer des ver.di-Bezirks Stuttgart.



Karikatur: Economist

forthilfen für die in die Armut gestürzten Teile der Bevölkerung stehen unter Finanzierungsvorbehalt und sind dementsprechend umkämpft. Die Ereignisse der letzten Wochen zeigen deutlich, dass es sich um weniger als einen Waffenstillstand handelt: Die finanzielle Erpressung Griechenlands geht weiter. Dabei spielte auch die Angst der neoliberalen Eliten in Europa vor einem Domino-Effekt eine Rolle: Syriza darf aus ihrer Sicht nicht erfolgreich sein, sonst drohen Brüche mit der Austeritätspolitik auch in anderen Ländern wie Spanien, Irland und Italien. So besteht die Gefahr, dass der mögliche Aufbruch in Griechenland und Europa schon nach wenigen Monaten im Keim erstickt wird.

Die politische Elite ist erstarrt. Sie hält am harten »Kern« des neoliberalen Projekts fest, das David Harvey zutreffend als »Klassenkampf von oben« bezeichnet hat. »Wettbewerbsfähigkeit« soll durch weitere Lohnsenkungen, prekäre Arbeit und Schwächung der Gewerkschaften, Sozialabbau und Privatisierungen durchgesetzt werden. Bereits der Lissabon-Vertrag war durch massive Demokratie-Defizite gekennzeichnet. Das Krisenregime aus EZB, Fiskalpakt und Troika erhöht den Druck, damit eine am Dogma der Wettbewerbsfähigkeit orientierte Politik zugleich durch und gegen demokratisch legitimierte Institutionen ihren Weg finden kann. Die Demokratie wird dabei als »marktkonforme« entleert und zerstört. Die Krise kann aber nicht mit der aktuellen Kombination von Niedrigzins- und Austeritätspolitik gelöst werden: ein ganzer Wirtschaftsraum kann sich nicht aus der Krise herausparen. Große Teile Europas hängen im Teufelskreislauf von Rezession und Überschuldung, Kürzungs-

politik, Massenarbeitslosigkeit, weiterer Verschuldung und Einbrüchen der Wirtschaft fest. Die Konfrontation zwischen Syriza und den »Institutionen« der Troika haben die politischen Auseinandersetzungen um die Austeritätspolitik und die Zukunft Europas neu entfacht. Die Risse innerhalb des neoliberalen Blocks nehmen zu, weit ins bürgerliche Lager mehrten sich die Stimmen, die vor einem »weiter so« warnen und in der neoliberalen Krisenpolitik eine perspektivlose und gefährliche Politik erkennen, die nur auf Sicht fährt und die Krise durch den Kauf von Zeit verschiebt.

Zur europäischen Krise und einer erstarrten Elite gehört auch die Komplizenschaft der europäischen Sozialdemokratie. Der griechische Finanzminister Varoufakis sieht ihr Scheitern darin, dass sie einen »faustischen Pakt« mit den Profitinteressen von Konzernen und Vermögenden eingegangen ist und den Kampf um die Umverteilung zugunsten der Lohnabhängigen aufgegeben hat. Durch ihre Unterstützung der verheerenden Austeritäts- und Wettbewerbspolitik fällt sie derzeit als Triebkraft einer Alternative zum Finanzkapitalismus und zur Zerstörung der Demokratie aus – und wird in immer mehr Ländern mit dem Verlust ihrer sozialen Basis gestraft. In vielen Ländern hat diese Lücke der Repräsentation eine gefährliche Rechtsentwicklung möglich gemacht. Rechtspopulistische und neofaschistische Parteien (vom Front National über FPÖ und AfD bis zu den faschistischen Parteien in Griechenland oder Ungarn) stoßen in die Lücke der Repräsentation. Es ist eine offene Frage, ob die europäische Sozialdemokratie ihre historische Krise überleben kann – ihre Basis wird sie beantworten.

Für die europäische Linke birgt diese Entwicklung große Chancen und große Risiken. Ihre Wiederbelebung ist die einzige Möglichkeit, die sozial verheerende Abwälzung der Kosten der Krise auf die Mehrheit der Menschen zu stoppen und eine zunehmend autoritäre Entwicklung in Europa zu verhindern. Wenn sie zum Motor der Bewegungen gegen die Krisenpolitik wird wie in Griechenland oder Spanien, hat sie die Chance, zur hegemonialen Kraft in der Gesellschaft zu werden. Alvaro Garcia Linera, der stellvertretende Ministerpräsident Boliviens, hat die Erstarrung Europas und der europäischen Demokratie kritisiert und die europäische Linke zu gemeinsamem Handeln und mehrheitsfähigen Alternativen aufgerufen. Die Ideen dafür sind zum Teil weit gediehen, die Linke in Europa hat in den letzten Jahren immer wieder Vorschläge zur Überwindung der Krise und für einen wirtschafts- und sozialpolitischen Kurswechsel in die politische Auseinandersetzung eingebracht.

Eine europaweite Mobilisierung für einen Kurswechsel und eine Wiederbelebung der Demokratie in Europa könnte sich um folgende Punkte drehen:

- das sofortige Ende der unsozialen Kürzungspolitik und die Auflösung der Troika,
- eine europäische Schuldenkonferenz,
- ein europaweites Zukunftsinvestitionsprogramm zur Bekämpfung der Jugend- und Massenerwerbslosigkeit und Armut.
- Der Machtmissbrauch der europäischen Zentralbank zur Durchsetzung neoliberaler Politik beim Ankauf von Staatsanleihen muss gestoppt werden. Statt die Finanzmärkte mit Geld zu fluten und so neue Spekulationsblasen zu nähren,

STREIKRECHT TARIFEINHEIT GEWERKSCHAFTS- PLURALISMUS

FACH-
TAGUNG

MONTAG, 13. April 2015, 11:00-18:00
Hotel Radisson Blu, Juri-Gagarin-Ring 127, 99084 Erfurt

Mit DAGMAR ENKELMANN (Vorsitzende der Rosa-Luxemburg-Stiftung), BODO RAMELOW (Ministerpräsident Thüringen), REINHARD GÖHNER (Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände), ANDREAS MÜLLER (Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft), JENS SCHUBERT (Leiter ver.di-Rechtsabteilung), ARMIN EHL (Hauptgeschäftsführer des Marburger Bundes), CLAUDI WESELSKY (Bundesvorsitzender Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer) und anderen. **Anmeldung erwünscht. Weitere Informationen unter www.rosalux.de/event/52680.**



AKTUELLE PUBLIKATION ZUM THEMA

Detlef Henschel
**Hände weg von Koalitionsfreiheit,
Tarifautonomie und Streikrecht!**
Über das Gesetz der Bundesregierung zur Tarifeinheit
Analyse Nr. 17, 32 Seiten, Dezember 2014

Download: www.rosalux.de/publication/41014
Bestellung: Tel. 030 44310-123 oder bestellung@rosalux.de

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

müssen den Staaten Mittel für Investitionen in die öffentliche Infrastruktur, gute Bildung, Gesundheitsversorgung, in den Wiederaufbau der Industrie und den sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft, der Energieversorgung und Mobilität zur Verfügung gestellt werden. Zur Finanzierung von Zukunftsinvestitionen und Schrumpfung der Finanzmärkte braucht es eine radikale Umverteilung des Reichtums: Die Forderung nach einer europäischen Vermögensabgabe für Millionäre und Milliardäre eignet sich ebenso zur politischen Zuspitzung wie die, Vermögen über 200.000 EUR von reichen Griechen, Spaniern und Portugiesen auf Konten in anderen EU-Staaten einzufrieren und den Staaten zur Besteuerung zu melden.

- Europa braucht soziale Rechte für alle und koordinierte Sozialstandards, die Sozialdumping verhindern und die Gewerkschaften stärken. Die Forderungen nach einer Europäischen Arbeitslosenversicherung und Grundsicherung könnten mobilisierend wirken für den Kampf um einen Sozialstaat auf europäischer Ebene.

- Banken und Finanzmärkte müssen entwapfnet und unter effektive gesellschaftliche Kontrolle gebracht werden.

Die Hoffnung auf einen Kurswechsel darf sich nicht alleine auf die südeuropäischen Länder, auf etwaige weitere Linksregierungen in Spanien und Irland, richten. Führende Gewerkschaften haben sich dafür ausgesprochen, Europa neu zu begründen und einen grundlegenden Politikwechsel vorzunehmen. Bisher haben sie aber keine Strategie der europäischen Mobilisierung entwickelt. Ohne die werden sich die kommenden Angriffe auf Löhne und soziale Rechte und eine weitere Spirale des Drucks nach unten nicht verhindern lassen. Die europäische Linke muss das, was Gramsci »Stellungskrieg« nennt, auf die europäische Ebene tragen und an einer gemeinsamen Strategie arbeiten. Es geht darum, die bestehenden Risse im neoliberalen Block zu vertiefen, den Druck auf die Sozialdemokratie zu erhöhen und einen demokratischen Aufbruch von unten zu organisieren: durch Aufklärungsarbeit, europaweite Massenmobilisierungen und neue politische Bündnisse. Die Kräfteverhältnisse in den »Kernländern« der neoliberalen EU-Architektur (allen voran Deutschland und Frankreich) müssen in Bewegung gebracht werden. Dabei gilt es, auf der europäischen, nationalen und lokalen Ebene anzusetzen und der ungleichzeitigen Entwicklung der Krise in Europa und den unterschiedlichen Kräfteverhältnissen in den einzelnen Ländern Rechnung zu tragen. Die Linke hier steht vor der Herausforderung, Alternativen zum neoliberalen Exportmodell in den Mittelpunkt zu rücken, die konkrete Verbesserungen der Arbeits- und Lebensverhältnisse für die Mehrheit der Lohnabhängigen hier bedeuten. Denn ohne eine Überwindung des neoliberalen Exportmodells in Deutschland wird es keinen grundlegenden Kurswechsel in Europa geben.

1. Merkels Herrschaft durch Spaltung, rechter Kulturkampf und die Herausforderung einer popularen Politik von links

Hierzulande bewegt sich die Linke mit ihrer Kritik an der Krisenpolitik der Bundesregierung in schwierigem Fahrwasser. Nur eine relevante, aber deutliche Minderheit von 10-20% der

Menschen in Deutschland spricht sich derzeit für eine Abkehr von Merkels unsozialer Kürzungspolitik und für einen grundlegenden Kurswechsel in der Europapolitik aus. Während die Zustimmung bei den AnhängerInnen der Linken seit 2012 gewachsen ist und etwa die Hälfte des Wählerpotenzials der LINKEN einen Kurswechsel befürwortet, sind es bei den AnhängerInnen von SPD und Grünen nur etwa 20%. Ebenso bei den Gewerkschaftsmitgliedern, bei denen die Unterstützung für diese Position seit 2012 sogar zurückgegangen ist.

Dies erklärt sich daraus, dass es Merkel gelingt, die soziale Frage aus der öffentlichen Auseinandersetzung herauszudrängen, während im Alltagsbewusstsein vieler Menschen die Sorgen um die eigene Existenz und unsichere Zukunftsperspektiven von den Zusammenhängen zur Europa- und Krisenpolitik abgetrennt sind. Von der Bundesregierung und in den Medien werden die im europäischen Vergleich niedrige Erwerbslosigkeit und leichte Reallohnsteigerungen als Beleg dafür angeführt, dass die Krisenpolitik auch im Interesse der Beschäftigten sei. Für Teile der Mittelklassen hat sich die Einkommenssituation stabilisiert oder verbessert, die Abstiegsdynamik der Mittelklassen als Folge der Wirtschaftskrise und der Agenda-Reformen der 2000er hat sich verlangsamt. Die Bedrohung durch Altersarmut durch die Rentenabsenkung bis in die mittleren Einkommen hinein ist für viele noch nicht präsent. Veränderungen am Elterngeld und eine halbherzige Pflegeauszeit sollen die Verankerung in der Mittelschicht stärken. Zugleich werden die Gewerkschaften und ihre Basis stärker politisch eingebunden: Gerade die gewerkschaftlich organisierten Lohnabhängigen konnten moderate Lohnsteigerungen durchsetzen. Für die meist männlichen Facharbeiter mit ungebrochener Erwerbsbiografie hat die Regierung einen früheren Renteneinstieg beschlossen. Der Mindestlohn verbessert die Lebenssituation von Millionen Menschen im Niedriglohnsektor – auch wenn er lückenhaft ist. Die Kehrseite des vermeintlichen »Jobwunders« wird aus der öffentlichen Diskussion verdrängt: die zunehmende Spaltung zwischen Arm und Reich, 11 Millionen Menschen in prekären Jobs, Millionen Dauererwerbslose ohne Zukunftsperspektiven. In fast allen Berufen nehmen Arbeitsdruck und Stress zu. In der Industrie wurden die Arbeitsintensität erhöht und Auslagerungen verstärkt. Der Erfolg des »Merkelianismus« in der geräuschlosen Durchsetzung neoliberaler Wettbewerbspolitik im Inneren und in Europa hängt maßgeblich mit der erfolgreichen Stabilisierung des Exportmodells in der Krise zusammen: Die deutsche Exportindustrie profitiert von der Krise, auch durch den schwachen Euro und niedrige Zinsen. Teile der lohnabhängigen Mittelklassen werden eingebunden, während große Teile der Erwerbslosen, Armen und Prekären von der neoliberalen Politik nicht vertreten werden. Durch erniedrigende Sanktionen für Erwerbslose und die Erfahrung permanenter Unsicherheit werden viele Menschen entmutigt. Die niedrige Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl und den letzten Landtagswahlen trägt so zur Stabilisierung der neoliberalen Politik bei.

Den Herrschenden ist es mit der Verschiebung der Krisenherde nach Südeuropa gelungen, die Krise zur Staatsschuldenkrise umzudeuten und als äußerliche Bedrohung erscheinen zu lassen. Zugleich wurde die Bevölkerung durch die Übertragung der Schuldtitel auf die öffentlichen Haushalte de facto in Gei-

selhaft genommen. Mit ihrer Krisenpolitik verspricht Merkel v.a. für Teile der Mittelklassen eine Sicherung des Wohlstands (und ihrer Ersparnisse) auf der Grundlage des Exportmodells und der Steigerung von Wettbewerbsfähigkeit in Europa. Dabei inszeniert sie sich als Verteidigerin des »deutschen« Wohlstands gegen die Bedrohung durch die angeblich mangelnde »Reformbereitschaft« für Wettbewerbsfähigkeit in den südeuropäischen Ländern. Gleichzeitig werden die Agenda-Reformen, die zu Verarmung und sozialem Abstieg, zu prekärer Arbeit und dem größten Niedriglohnssektor Europas führten, als Erfolgsmodell angepriesen.

Die Linke darf sich nicht vom Mantra der Merkel-Regierung, dass es Deutschland doch gut gehe und die Menschen zufrieden seien, passiv machen lassen, sondern muss die zunehmende soziale Spaltung offensiv zum Thema machen. Die politische Alltagsstimmung stellt eine widersprüchliche Melange von Zustimmung zu Merkels Diskurs der Verteidigung »deutscher« Interessen, Angst und Verunsicherung angesichts von Krisen, Terror und Kriegsgefahr (auch im Zusammenhang mit der Ukraine-Krise) und einer Unzufriedenheit mit der eigenen Lebenslage insbesondere bei den Armen und prekär Beschäftigten dar. Die in Umfragen gemessene »Zufriedenheit« vieler Menschen aus den mittleren und unteren Klassen hängt auch mit dem Vergleich zwischen der Situation in Deutschland und in den Krisenländern nach dem Motto: »uns geht es ja noch ganz gut« zusammen. Aber viele Studien der letzten Jahre zeigen zugleich eine weit verbreitete gesellschaftliche Verunsicherung und Unzufriedenheit aufgrund der Zunahme prekärer Arbeits- und Lebensverhältnisse. Die neoliberale Ökonomisierung aller gesellschaftlichen Bereiche stößt auf wachsende Kritik, die Resonanz für kapitalismuskritische Positionen hat seit der Krise zugenommen. Es wird auch für größere Teile der Bevölkerung sichtbar, welche sozialen Verwerfungen die Kürzungspolitik verursacht.

Gleichzeitig hat die Verunsicherung durch die Ukraine-Krise auch einer nationalistischen und rassistischen Antwort auf die Krisen Auftrieb gegeben. Es bildet sich eine gesellschaftliche »Stromlinie« eines autoritären Kulturkampfes, in dem u.a. die Thesen Thilo Sarrazins, ein anti-muslimischer Rassismus und Hetze gegen Flüchtlinge wie bei Pegida, aber auch Mobilisierungen gegen Abtreibung und die Rechte von Homosexuellen, der Ruf nach mehr Autorität und »Leistung« im Bildungssystem sowie eine rechte Demokratiekritik miteinander verbunden werden. Diese unterschiedlichen Elemente bündeln sich in der Entstehung der AfD als neuer rechtspopulistischer Partei. In der AfD organisiert sich derjenige Teil des Bürgertums, der als Reaktion auf die Krisen eine rechts-neoliberale Politik mit einem populistischen Diskurs vertritt. Der Rechtspopulismus greift Erfahrungen der »entleerten« Demokratie und Kritik an der politischen Elite auf und verspricht einen Kurzschluss zwischen »Volk« und einer (anderen) Elite. Er stößt damit auch auf Resonanz bei Erwerbslosen, Prekären und denjenigen Teilen der Mittelschichten, die ihren Lebensstandard bedroht sehen.

Diese Entwicklung stellt eine wichtige Herausforderung für DIE LINKE dar. Es wäre fatal anzunehmen, dass sich die Rechtsentwicklung nicht zurückdrängen lässt oder die Enttäuschten von der LINKEN nicht mehr zu erreichen seien. Der Protest gegen die »etablierten Parteien« darf nicht Pegida oder der AfD

überlassen werden. DIE LINKE ist derzeit die einzige politische Kraft, die die neoliberale Ent-Demokratisierung unserer Gesellschaft offensiv angreifen kann. Dabei ist sie für Verbündete offen: Hegemonie bedarf der Einladung an Bündnispartner. Aber sie darf sich nicht auf Kosten ihres sozialen und friedenspolitischen Profils an SPD und Grüne anpassen, denn eine solche Entwicklung würde zur Stärkung der AfD führen. Die LINKE muss den Finger in die Wunde legen, als offensive politische Kraft an der Seite der Beschäftigten und der Ausgeschlossenen sichtbar sein und die soziale Frage in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung rücken. Als Antwort auf den rechten Kulturkampf steht sie vor der Herausforderung, zwei Strategien miteinander zu verbinden:

Breite Bündnisse für Toleranz reichen nicht aus. Die Linke braucht eine eigene Antwort auf den rechten Kulturkampf, die die Demokratiefrage von links politisiert. Aus Protest gegen Pegida sind Tausende Menschen auf die Straße gegangen und immer mehr Menschen engagieren sich für Flüchtlinge vor Ort. Wirkliche Demokratie, Willkommenskultur und ein selbstbestimmtes Leben brauchen materielle Grundlagen. Bündnisse gegen den rechten Kulturkampf müssten offensiv für Demokratisierung der Gesellschaft und gegen die neoliberale Politik der gesellschaftlichen Spaltung und Verunsicherung, gegen die Zerstörung der Grundlagen der Demokratie durch neoliberale Politik eintreten. Katja Kipping hat das auf den Punkt gebracht: »Wir brauchen eine Bewegung gegen Prekarisierung und nicht gegen Islamisierung.«

Zum anderen muss DIE LINKE eine links-populäre Gegenstrategie zum autoritären Populismus (wie dem rechten Kulturkampf der AfD) entwickeln. Die entscheidende Herausforderung für die Linke und DIE LINKE in der Auseinandersetzung mit autoritärer Krisenpolitik und rechtem Kulturkampf ist es daher, das Terrain der Auseinandersetzungen zu verschieben und gegen die Abgrenzung nach »unten« oder gegen Menschen in anderen Ländern die soziale Frage als Klassenfrage wieder in den Mittelpunkt zu rücken. Sie darf die Kritik an der neoliberalen EU und an der politischen Elite nicht den Rechten überlassen und muss dem Deutungsmuster »Südländer, die über ihre Verhältnisse gelebt haben«, vs. »fleißiger und sparsamer Norden« einen eigenen Diskurs entgegensetzen. Die Verschiebung des Konflikts von einem Klassengegensatz zu einem Konflikt oder gar Kampf zwischen Nationen erreicht auch Teile der unteren und mittleren Einkommensgruppen, die Unzufriedenheit und Kritik an ihrer Lage mit der Position »wir zahlen nicht für die Griechen« ausdrücken. Demgegenüber kann die Linke nur dann überzeugend wirken, wenn sie erstens konkret deutlich macht, wer zahlen soll, und zweitens die Positionen für einen Kurswechsel in Europa immer mit Perspektiven und konkreten Forderungen zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der unteren und mittleren (!) Klassen hier verbindet. Dabei ist es wichtig, die Gewerkschaften, aber auch die KritikerInnen der neoliberalen Politik bei SPD und Grünen ebenso wie kirchliche Projekte für gemeinsame Initiativen zu gewinnen. Zentral ist es, dass DIE LINKE ein eigenes Projekt zur Überwindung des neoliberalen Exportmodells und Strategien entwickelt, um dieses gesellschaftlich mehrheits- und durchsetzungsfähig zu machen.



Die Parteizentrale in Berlin, 2011 (Foto: wikipedia)

2. DIE LINKE stärken – verbindende Partei und emanzipatorische Klassenpolitik

Eine solche Strategie muss zugleich DIE LINKE als aktive Mitgliederpartei stärken: Die Stärkung des Parteaufbaus an der Basis und die stärkere gesellschaftliche Verankerung insbesondere in der Arbeitswelt und den Gewerkschaften, bei Erwerbslosen und bei jungen Menschen entscheiden darüber, wie DIE LINKE in der Lage ist, zum Motor einer gesellschaftlichen Opposition gegen die Große Koalition zu werden.

DIE LINKE hat sich nach den Bundestagswahlen erfolgreich stabilisieren können. Die Landtagswahl in Thüringen und die Wahl von Bodo Ramelow zum ersten linken Ministerpräsidenten in der Bundesrepublik gehört sicherlich zum Höhepunkt im Jahr 2014. Trotz dieses Erfolges haben die Landtagswahlen im Osten verdeutlicht, dass DIE LINKE nach wie vor mit strukturellen Problemen zu kämpfen hat. Überdurchschnittlich gewählt haben uns die Erwerbslosen und die Generation über 60. Große Lücken gibt es bei den ErstwählerInnen und Jüngeren, aber auch bei den Erwerbstätigen und Gewerkschaftsmitgliedern. Nach wie vor ist die Partei im Westen noch zu klein und für den Einzug in die Landtage der Flächenländer stark vom Bundestrend abhängig. Die Wahl in Hamburg hat aber gezeigt, dass die Partei im Westen, besonders im großstädtischen Raum, wieder wachsen kann. Es entstehen in vielen Städten Wurzeln eines linken Milieus.

Um die gesellschaftliche Verankerung der Partei zu stärken, haben Katja Kipping und ich eine strategische Neuorientierung der Partei entlang des Kampfes gegen Prekarisierung, für

die Umverteilung des Reichtums und die Stärkung und Demokratisierung des Öffentlichen vorgeschlagen. Diese ist eng mit der Stärkung des Parteaufbaus an der Basis und einer organisierenden und mobilisierenden Politik durch Kampagnen und Bündnisse mit Gewerkschaften und sozialen Bewegungen verbunden (www.die-linke.de/partei/parteientwicklung/projekt-parteientwicklung/texte/verankern-verbreiten-verbinden/). Dies bedeutet aber keine Abkehr von der Anti-Agenda-Politik, sondern ihre Neufassung auf Grundlage veränderter Kräfteverhältnisse.

DIE LINKE steht vor der Herausforderung, als »verbindende Partei« zu wirken. Das bedeutet, einen Kampf um die Hegemonie zu führen: verschiedene Teile und Milieus der unteren und mittleren Klassen in Prozessen der Herausbildung gemeinsamer Weltsicht und politischer Ziele zu verbinden und eine neue demokratisch organisierte Wirtschaft, Politik und Kultur/Lebensweise zu entwickeln. Die hier vorgeschlagene Strategie der »verbindenden Partei« bedeutet in der gegenwärtigen Konstellation, die pluralen Gegenkräfte zum neoliberalen Kapitalismus zu sammeln und im Hinblick auf zu entwickelnde gemeinsame Ziele zu bündeln.

Die Linke in Deutschland ist derzeit nicht in der Lage, den Kampf um die Hegemonie insgesamt zu gewinnen – dafür ist ihre gesellschaftliche Verankerung zu schwach, ist sie politisch zu stark fragmentiert, sind die gesellschaftlichen Krisenprozesse (noch) zu schwelend und die Dynamik sozialer Kämpfe insgesamt zu schwach. Aber: Nach Jahren der Niederlagen geht es darum, Erfolge, Verbesserungen der Lebensverhältnisse durch Organisation und sozialen Protest zu schaffen. Der Durchset-

zung des Mindestlohns ist jahrelange Arbeit in Initiativen und Bündnissen zur Überzeugungsarbeit in der Gesellschaft vorangegangen. Eine emanzipatorische Klassenpolitik muss an den sich abzeichnenden gesellschaftlichen Konfliktlinien und den möglichen Bruchstellen des neoliberalen Blocks und der Großen Koalition ansetzen und für konkrete Einstiegsprojekte gesellschaftliche Mehrheiten schaffen. Die entscheidende Frage ist, auf welche Konfliktlinien und welche soziale Basis sich DIE LINKE als emanzipatorische, demokratisch-sozialistische Partei stützen kann und wie das Verhältnis der Partei zu den gesellschaftlichen Konfliktlinien und Gruppen gedacht wird. Im Kampf um die Hegemonie reicht es nicht, allein bestimmte Milieus zu repräsentieren und für einzelne Forderungen bei Wahlen zu gewinnen. Es geht um die Neubestimmung einer emanzipatorischen Klassenpolitik, die darauf zielt, »solidarische Brücken«, gemeinsame politische Erfahrungen und Forderungen von Erwerbslosen, Prekären und Kernbelegschaften zu fördern und Spaltungen anhand von Geschlecht, Rassismus und Nationalismus entgegenzuwirken. Träger einer solchen Politik könnte ein Bündnis von Erwerbslosen und von Armut Betroffenen, den verschiedenen von Prekarisierung Betroffenen, den Beschäftigten der Industrie und des öffentlichen Sektors, insbesondere den wachsenden Beschäftigtengruppen im Bildungs-, Gesundheits- und Pflegebereich sowie des sich bildenden urbanen linken Milieus sein.

»Das muss drin sein« – gegen die Prekarisierung von Arbeit und Leben

Ein zentrales Projekt, um die Verankerung der LINKEN bei Erwerbslosen, Menschen in Armut und prekären Verhältnissen, der jungen »Generation prekär« und bei den Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes zu stärken und zugleich Bündnisse zu den Interessen der Beschäftigten der Exportindustrie zu bilden, ist die auf mehrere Jahre angelegte Kampagne gegen prekäres Leben und Arbeiten. Die Kampagne »Das muss drin sein« setzt an den Erfahrungen und unmittelbaren Problemen an und formuliert das Selbstverständliche: Arbeit, von der man leben und die Zukunft planen kann. Dass die einen nicht überarbeitet und die anderen nicht unterbeschäftigt sein sollen, sondern dass wir gemeinsam gesellschaftliche Lösungen für die Umverteilung von Arbeit finden müssen. Dass die Mindestsicherung von Menschen ein Grundrecht ist und nicht mit Sanktionen verbunden werden darf. Dass Wohnen und Energie bezahlbar sein müssen, ohne dass die Menschen an den Rand gedrängt werden. Dass eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Bildung, Gesundheit und Pflege durch ausreichend Personal und bessere Arbeitsbedingungen gesichert wird. Das muss drin sein.

Entlang des Slogans »Das muss drin sein« kann der Kampf darum geführt werden, was in einem reichen Land als selbstverständlich gilt. Es geht darum, Anspruchshaltungen an gute Arbeit und ein gutes Leben zu stärken – und die Verursacher und Profiteure der Prekarisierung auch als direkte Gegner zu adressieren. Es soll eine Klammer zwischen unterschiedlichen Konflikten und Kämpfen geschaffen werden: neue Streiks in prekärer Arbeit etwa im Einzelhandel oder der Gastronomie, Auseinandersetzungen um den Pflegenotstand im Gesundheits- und Pflegebereich, Proteste gegen steigende Mieten und Ener-

giekosten und die Verdrängung von Gruppen mit niedrigen Einkommen durch Gentrifizierung.

Die Kampagne soll organisierend wirken: Die Betroffenen sollen Akteure der politischen Auseinandersetzungen werden, sich beteiligen und (sich) organisieren. Sie sollen Vertrauen in ihre politischen Handlungsmöglichkeiten gewinnen, indem Konflikte geführt werden, die – auch wenn es zunächst kleine Schritte sind – gewonnen werden können. Solche Ansatzpunkte für Konflikte zu »finden« und diese zu führen, ist selbst ein Lernprozess und macht »Politikfähigkeit« einer »aktiven Mitgliederpartei« aus. Es geht um die Verbindung der Stärkung der Partei an der Basis mit einer Politik der Organisierung von Hoffnung: Eine solidarische und offene Parteikultur und Fähigkeiten des »Organizing« sollen es ermöglichen, dass unterschiedliche Gruppen (vor Ort) quer zu den sozialen Spaltungslinien zusammen aktiv werden und gemeinsame (Klassen)Interessen formulieren, statt sich abzugrenzen. Ausgehend von offenen Kampagnentreffen können sich »Mini-Kampagnen« entwickeln, die konkrete Erfolge erreichen, z.B. in der Skandalisierung von Niedriglohn und prekärer Beschäftigung bei Unternehmen vor Ort, bei Protesten gegen steigende Mieten in einem Stadtteil oder für bessere Personalbemessung im örtlichen Krankenhaus. Mittelfristig soll durch symbolische Aktionen, Öffentlichkeitsarbeit und den Aufbau von Bündnissen Druck aufgebaut werden, um eine oder mehrere der bundesweiten Forderungen tatsächlich durchzusetzen.

DIE LINKE ist als aktive Mitgliederpartei durchaus geeignet, als Scharnier zwischen den verschiedenen Teilen der fragmentierten Linken wie der verschiedenen sozialen Kämpfe zu fungieren. Allerdings muss sie dafür auch ihre eigenen Fähigkeiten verbessern, aktiv und verbindend, aufregend und einladend zu agieren. Die Kampagne ist in diesem Sinne auch ein selbstorganisierter Lernprozess, in dem Mitmachen nicht nur bedeutet, einen bereits fertigen Plan umzusetzen, sondern Räume für Austausch zu schaffen, Fähigkeiten zur Organisierung zu entdecken und zu verbreiten.

Emanzipatorische Klassenpolitik für die Arbeit der Zukunft

Für eine klassenorientierte Partei ist die Verankerung in der Welt der Arbeit von großer Bedeutung. Heute ist die Regulierung der Arbeit für die Gewerkschaften zu einer Schicksalsfrage geworden. Die Tarifbindung ist über Jahre gesunken, auf 57% im Westen und im Osten unter 40%. Nur noch in 23% der Betriebe gilt ein Tarifvertrag. Auch die Reichweite der verhältnismäßig guten Tarifverträge im Metallbereich nimmt kontinuierlich ab. Die fehlende Bindekraft von Tarifverträgen ist eine der Hauptursachen für zunehmende Lohnungleichheit und Spaltungen zwischen verschiedenen Beschäftigtengruppen. Es gehört zudem zur Struktur des Exportmodells und zur Leitlinie der Politik der Großen Koalition, dass die (durch prekäre Beschäftigung selbst gespaltene und angesichts der Entwicklung der Produktivität und der Profite viel zu niedrige) Lohnentwicklung im Exportsektor mit einer strukturellen Abwertung des Öffentlichen, der personennahen Dienstleistungen und des Handwerks einhergeht. Die Gewerkschaftsbewegung ist durch diese Entwicklungen mit der Gefahr verstärkter Spaltungen und Konkurrenz untereinander konfrontiert.

In den letzten Jahren haben sich neue Streikbewegungen u.a. im Bewachungsgewerbe, in Callcentern, in der Nahrungsmittelindustrie und im Reinigungsgewerbe, im Handel wie jüngst bei Amazon sowie bei ErzieherInnen oder Pflegekräften im Krankenhaus entwickelt. Eine emanzipatorische Klassenpolitik um die Arbeit der Zukunft steht vor der Herausforderung, neue Streikbewegungen sowie andere betriebliche Auseinandersetzungen stärker mit gesellschaftspolitischen Kampagnen der Gewerkschaften und Bündnispartnern aus sozialen Bewegungen und Parteien zu verbinden. Der LINKEN kann in diesem Prozess eine tragende Rolle zukommen, wenn es ihr gelingt, an die neuen Klassenauseinandersetzungen anzuknüpfen. Was in einer Gesellschaft als »selbstverständlich«, »normal« gilt, welche Vorstellungen von guter Arbeit und einem guten Leben sich gesellschaftlich verallgemeinern und durchsetzen, ist eine Frage der (Klassen-)Kämpfe um die Hegemonie. Im Sinne einer »revolutionären Realpolitik« (Rosa Luxemburg) geht es heute darum, verbunden mit den »Tageskämpfen« wie den neuen Streiks einen »Kulturkampf« um die Arbeit der Zukunft zu führen, der unterschiedliche Erfahrungen und Ansprüche in einer fragmentierten Arbeitswelt bündeln kann. DIE LINKE sollte ihre Konzepte zur Regulierung der Arbeit bündeln und eine mobilisierende Agenda für die Arbeit der Zukunft entwickeln:

- Jede Arbeit muss so bezahlt werden, dass die Existenz (auch im Alter) gesichert wird.
- Es muss drin sein, die eigene Zukunft planen zu können und gleichen und geschlechtergerechten Zugang zu sozialer Absicherung zu haben.
- Gute Arbeit darf nicht krank machen und auch nicht nach einigen Jahren zu Erschöpfung und Burnout führen. Es geht um eine neue »Humanisierung der Arbeit« durch eine »Stressbremse« und den Ausbau von Mitbestimmungsrechten.
- Eine erneuerte Initiative zur Arbeitszeitverkürzung müsste sich um die breit getragenen, aber konkret sehr unterschiedlichen Wünsche nach mehr selbstbestimmter Zeit drehen und diese zu einem Kampf um eine neue (und gegenüber der alten Vollzeitnorm auch flexibleren und geschlechtergerechten) gesellschaftlichen Norm bündeln. Beruf und FreundInnen, Familie, kulturelle und politische Aktivität müssen in allen Lebensphasen miteinander vereinbar sein. Es geht

darum, durch Umverteilung der Arbeit Dauererwerbslosigkeit, unfreiwillige und prekäre Teilzeit sowie die Überlastung durch zu lange Arbeitszeiten zu überwinden. Die Arbeitszeit muss sich mehr um das Leben drehen und das Leben weniger um die Arbeit. Die Forderung »Arbeit umverteilen statt Dauerstress und Existenzangst« wäre vielleicht geeignet, um Projekten wie der »kurzen Vollzeit« von etwa 30-32 Stunden und flexiblen Modellen für unterschiedliche Lebensphasen wie Sabbatjahren, Familien- und Bildungsauszeiten eine gemeinsame Strahlkraft zu verleihen.

- Die Frage der Allgemeinverbindlichkeit der Tarifverträge ist eine Schlüsselfrage für die Zukunft der Arbeit. Anknüpfend an betriebliche Auseinandersetzungen um Tarifbindung (wie etwa bei Zara) muss gemeinsam mit den Gewerkschaften der politische Kampf gegen die Unternehmensverbände darum geführt werden, dass Anträge auf Allgemeinverbindlichkeit von den Interessen der Beschäftigten ausgehen und von den Gewerkschaften alleine gestellt werden können (statt wie bisher im Einvernehmen von Gewerkschaften und Kapitalseite).

Neue Bündnisse für die Stärkung des Öffentlichen, Umverteilung und Demokratisierung

Die beiden Antworten der Großen Koalition auf die Wachstumskrise, die Förderung der Exportindustrien durch Freihandelsabkommen wie TTIP und Ceta sowie die Förderung der Investitionen durch Privat-Öffentliche-Partnerschaften nach dem Beispiel des Juncker-Plans führen zu weiterer Prekarisierung und Privatisierung und tragen so zur Aushöhlung der Demokratie bei.

Ein strategischer Anker, der eine Transformationsperspektive über das neoliberale Exportmodell hinaus entwickelt, muss die Auseinandersetzung um eine andere Wirtschaftsstruktur durch Ausbau der öffentlichen Güter und den sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft mit konkreten gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um bessere Arbeits- und Lebensbedingungen verbinden.

Exemplarisch (!) könnte das in den Tarifrunden der ErzieherInnen, aber auch in verstärkten Auseinandersetzungen im Gesundheits- und Pflegebereich (z.B. um Personalbemessung an der Berliner Charité) gelingen. Es ginge darum, die in den Kämp-



346



Kapital auf Kurs – die Ausbeutung der Meere

Außerdem ► Machtkämpfe in Libyen ► 10 Jahre nach dem Tsunami ► Revolte in Burkina Faso...

52 Seiten, € 5,30 + Porto

auch als PDF-Download

iz3w · PF 5328 · 79020 Freiburg · Tel. 0761-74003 · www.iz3w.org

iz3w ► Zeitschrift zwischen Nord und Süd

fen um gute Arbeit in diesen Bereichen bereits (ansatzweise) politisierten Perspektiven der Aufwertung sozialer Dienstleistungen in der Bildung, Pflege und Gesundheitsversorgung mit dem Kampf um den Ausbau und die Qualität der öffentlichen Daseinsvorsorge, um gute Bildung, Pflege und Gesundheit für alle zu verbinden. Damit würden Kernelemente des neoliberalen Exportmodells in die Auseinandersetzung hineingezogen. Zum neoliberalen Exportmodell gehören auch die Schuldenbremse und unsoziale Kürzungspolitik, niedrige Steuern für Konzerne und Vermögende und das Kaputtsparen und die Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge. Die zumeist von Frauen geleistete Arbeit mit den Menschen in sozialen Dienstleistungen im Bildungs-, Erziehungs-, Pflege- und Gesundheitsbereich wird gegenüber Arbeit in der Exportindustrie abgewertet und unterfinanziert. Mit den Forderungen zur Pflege, Gesundheit und Bildung im Rahmen der Kampagne wird einer veränderten Klassenzusammensetzung Rechnung getragen: Mittlerweile sind in sozialen Dienstleistungen mehr Menschen als in der Exportindustrie beschäftigt. Die öffentliche Verarmung, die Politik von Prekarisierung von Leben und Arbeiten kann diese Beschäftigten in Widerspruch zur aktuellen Regierungspolitik bringen. Gerade im Gesundheitswesen und bei der Pflege zeigt sich besonders deutlich, dass die Mehrheit der Lohnabhängigen von Unterfinanzierung und Pflegenotstand betroffen ist.

Auch der Zerfall der öffentlichen Infrastruktur etwa in Schulen, Krankenhäusern und bei der Verkehrsinfrastruktur führt zu einer Auseinandersetzung, die an den Kern des Exportmodells rührt, Kritik anstößt und neue Bündnisse ermöglichen kann: Gabriels Expertenkommission für Investitionen hat ebenso wie die europäische Kommission erkannt, dass Anreize für Investitionen in die Realwirtschaft notwendig sind. Daher sollen massiv öffentlich-private Partnerschaften ausgeweitet werden: Die »Privaten« in dieser Partnerschaft fordern Renditen von mindestens sechs Prozent, die Kosten tragen die SteuerzahlerInnen und die Beschäftigten. Während die Große Koalition an der Ideologie der »Schwarzen Null« und der Schuldenbremse festhält und so Privatisierungsdruck und die Belastung der unteren und mittleren Einkommen fördert, ist es bei den derzeitigen niedrigen Zinsen gut zu vermitteln, einen Teil der Investitionsmittel durch öffentliche Kreditaufnahme zu finanzieren.

DIE LINKE hat mit der Forderung eines Zukunftsinvestitionsprogramms von 100 Milliarden Euro für den Ausbau von guter Bildung, Gesundheit und Pflege, sozialen und ökologischen Wohnungsbau und die Förderung der Lebensqualität in den kaputtgesparten Kommunen ein Einstiegsprojekt, das auf die Stärkung und Demokratisierung des Öffentlichen durch Umverteilung des Reichtums abzielt. Die Herausforderung besteht darin, an konkrete Auseinandersetzungen um Löhne und Arbeitsbedingungen in den sozialen Dienstleistungen und im Bildungsbereich, Mietenproteste und Auseinandersetzungen um das »Recht auf Stadt«, um kleine Schulklassen, gute Studienbedingungen und gegen die Eliteorientierung, Ökonomisierung und prekäre Arbeit an den Hochschulen anzudocken. Zudem braucht der Kampf um Umverteilung eine neue Sprache. Eine Erfahrung aus der Kampagne »umfairteilen« ist, dass es einen stärkeren Gegnerbezug braucht, eine Mobilisierung, die sich nicht davor scheut, die Reichtumskonzentration bei dem

1% der Superreichen mit anschaulichen Beispielen zu skandalisieren. Mehrheiten für Umverteilung lassen sich da gewinnen, wo konkrete Verbesserungen der Arbeits- und Lebensbedingungen und eine neue, demokratische Qualität der öffentlichen Daseinsvorsorge konkret werden. Wichtig sind daher ausstrahlungskräftige Projekte vor Ort wie das kostenfreie Kita-Jahr in Thüringen, kostenfreier öffentlicher Nahverkehr, kommunale, sozial gerechte, ökologisch und demokratisch organisierte Energieversorgung über Stadtwerke, die von BürgerInnen-Initiativen und Gewerkschaften mit kontrolliert werden, oder Energiegenossenschaften. Von diesen Erfahrungen ausgehend kann eine gesellschaftliche Zustimmung und Mobilisierung für Umverteilung und ein Zukunftsinvestitionsprogramm organisiert werden.

Die Frage der Demokratie könnte in den nächsten Jahren zu einem wichtigen Bündelungspunkt der verschiedenen Widersprüche des neoliberalen Exportmodells werden. Bei den Protesten gegen die Krisenpolitik, gegen von Konzerninteressen dominierte Großprojekte wie Stuttgart 21 oder Olympia, gegen neoliberale Stadtpolitik und Privatisierungen steht die Demokratiefrage ebenso im Vordergrund wie bei den Auseinandersetzungen um die Gestaltung der Energiewende. Ein wichtiger Kristallisationspunkt von Auseinandersetzungen um gute Arbeit, um das Öffentliche und um die Verteidigung der Demokratie sind die in den letzten Monaten stark gewachsenen Proteste gegen neoliberale Freihandelsabkommen wie TTIP, Ceta und TISA. Hier könnten sich auch Sollbruchstellen der Großen Koalition auftun, wenn Angela Merkel TTIP in diesem Jahr gegen allen Widerstand durchboxen will und es u.a. über einen Mitgliederentscheid gelingt, den Druck innerhalb der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften zu erhöhen. Auch der rechte Kulturkampf mit seiner Mischung aus rechter Demokratiekritik und Forderungen nach »direkter Demokratie« zeigt die Dringlichkeit eines linken Demokratisierungsprojekts. Aus einer sozialistischen Perspektive geht es dabei einerseits um die Verteidigung und radikale Ausweitung der politischen Demokratie, andererseits um die Eigentumsfrage, die Demokratisierung der Arbeit, der Wirtschaftsstrukturen und Investitionsentscheidungen. Für die Linke könnte eine erneuerte Wirtschaftsdemokratie verbunden mit den Auseinandersetzungen um die Zukunft der Arbeit ein Einstiegsprojekt in diese Richtung sein.

Die Einstiegsprojekte für eine radikale Umverteilung des Reichtums, für alle zugängliche und demokratisch gestaltete öffentliche Güter (Commons), Arbeitszeitverkürzung und Humanisierung der Arbeit, Wirtschaftsdemokratie und kommunale Demokratisierung könnten Umriss einer anderen Kultur des Wohlstands und einer sozialen, ökologischen und demokratisierenden Transformation in der Doppelkrise des kapitalistischen Wachstums bilden. Es ginge darum, ein neues gesellschaftliches Bündnis zu bilden: gegen die erstarrte große Koalition der Superreichen und neoliberalen Eliten – eine große gesellschaftliche Koalition für soziale Gerechtigkeit, ökologische Zukunftsfähigkeit und wirkliche Demokratie.

Aprilthesen

Wo wir stehen und was getan werden sollte

von | Alexander Recht, Paul Schäfer, Axel Troost, Alban Werner



Karikatur: Economist

Die Ausgangslage für DIE LINKE erscheint komfortabel: Oppositionspartei Nr. 1 im Bundestag, stabile Umfragewerte, an zwei Landesregierungen beteiligt, ein Ministerpräsident, zuletzt in Hamburg erfolgreich. Mit stabiler Massenverankerung und Mobilisierungsfähigkeit sollte das aber nicht verwechselt werden. Wir erleben in der gegenwärtigen Situation der Partei auch Stillstand, der schnell zu Niedergang führen kann, wenn wir über kein klares Konzept und keine erkennbare Strategie verfügen, wie auf die zu erwartenden Konflikte adäquat zu reagieren ist. Ausgangspunkt jeglicher Strategiebildung ist die Analyse der gegenwärtigen Hauptkonfliktlinien und die Prognose der zu erwartenden politischen Brennpunkte. Wir sehen fünf Themen, auf die wir uns konzentrieren sollten:

- **Haushaltspolitik und öffentliche Investitionen:** Die Regierungsparteien werden – die CDU mehr, die SPD weniger – mit ihrer Politik der »Schwarzen Null« werben; der Streit um den »Soli« und den Länderfinanzausgleich ist eröffnet. Aber wie sollen die unabdingbaren Zukunftsinvestitionen getätigt werden, wenn an ausgeglichenen Haushalten und der Verweigerung von Umverteilung festgehalten wird? DIE LINKE wird hierzu ein kohärentes, allgemein verständliches Konzept vorlegen müssen.
- **Fortgang der europäischen Integration:** Nach dem Wahlsieg von Syriza und möglichen weiteren Linksentwicklungen in Südeuropa spitzt sich die Frage immer mehr zu: Wird die destruktive Verarmungspolitik fortgesetzt, oder gelingt es, die Politik in Richtung »Solidarunion« zu verschieben? DIE LINKE muss die richtige Balance finden zwischen lautstarker Kritik an den unsozialen und undemokratischen Formen der

EU in ihrer heutigen Verfassung und der Formulierung konkreter Alternativen, um die EU progressiv zu verändern.

- **Internationale Handelspolitik – Ablehnung von TTIP:** Das transatlantische Handels- und Investitionsabkommen TTIP ist ein wichtiges Projekt, um neoliberal geprägte Internationalisierungsprozesse voranzubringen. Dagegen hat sich breiter Widerstand entwickelt. DIE LINKE muss ihn unterstützen und Vorschläge einbringen, wie eine an sozialen, umweltpolitischen und demokratischen Standards orientierte Globalisierung aussehen könnte.
- **De-Eskalation – Entspannung – Neue Europäische Friedensordnung:** Mit der bis vor Kurzem nicht mehr für möglich gehaltenen Konfrontation zwischen »dem Westen« und Russland wächst die Gefahr militärischer Eskalation. Die ökonomischen und gesellschaftlichen Kosten sind schon heute erheblich, und der Weg zum 1990 postulierten gemeinsamen Haus Europa rückt in immer weitere Ferne. DIE LINKE muss Vorschläge präsentieren, wie man – neben der unmittelbaren Einhegung des Ukraine-Konflikts – zu einer neuen europäischen Friedensordnung gelangen könnte.
- **Flüchtlingspolitik/Einwanderung/Integration:** Schon heute ist absehbar, dass die Frage eines Zuwanderungsgesetzes ein

Alexander Recht ist Lehrer an einem kfm. Berufskolleg und Schulungsverantwortlicher im KV Köln der LINKEN. Paul Schäfer, Soziologe und Publizist, war von 2005-2013 Mitglied der Bundestagsfraktion der LINKEN, Mitglied im KV Köln. Axel Troost, Volkswirt, ist stellvertretender Vorsitzender der Partei DIE LINKE, finanzpolitischer Sprecher der Linksfraktion im Deutschen Bundestag und einer der fünf Sprecher des Instituts Solidarische Moderne. Alban Werner, Politikwissenschaftler, ist Mitglied im KV Aachen der LINKEN.

wichtiges Wahlkampfthema werden wird, denn ein Kompromiss innerhalb der Bundesregierung erscheint wenig wahrscheinlich. Damit sind zugleich Grundfragen aufgeworfen: Wie human, wie offen ist unsere Gesellschaft wirklich? Aber auch: Wie sehen Lösungen aus, die den ungeheuren Druck zur Migration in den Krisen- und Kriegsregionen abmildern und damit die Probleme ursächlich angehen?

- **Energiewende:** Es bleibt umkämpft, ob der Umstieg auf erneuerbare Energien zügig vorangebracht oder gedrosselt wird. Dringend nötig ist eine Bundesregierung, die den Fuß von der Bremse nimmt. Dieses Thema darf DIE LINKE nicht anderen Parteien überlassen, sie muss ein sozialverträgliches Umbaukonzept zu ihrem Markenzeichen machen.

All diese Punkte sind eng verzahnt mit der Politik der Europäischen Union. In der EU wiederum geht aufgrund seiner extrem starken Stellung nichts gegen die Stimme Deutschlands. Weil ein Wandel nicht ohne Änderung der Kräfteverhältnisse in den einzelnen Mitgliedstaaten zu erreichen sein wird, sind ein Politikwechsel in Deutschland und die Ablösung der Merkel-Regierung Schlüsselfragen der europäischen Entwicklung insgesamt.

Wir sollten uns nachdrücklich der Brisanz dieser Situation bewusst sein, die auch ins Wahljahr 2017 hineinreichen wird. Die nachfolgenden Thesen sollen einen Beitrag leisten, wie die dafür nötigen Weichenstellungen aussehen könnten, und sie sollen zur Debatte herausfordern.

1. These

Regieren ist kein Selbstzweck, aber lustvolles Verharren in der Opposition ist Mist. DIE LINKE muss zielgerichtet aufs Regieren hinarbeiten, immer Politik für den Ernstfall machen und sich den Kopf von Regierenden zerbrechen. Es wäre fatal, wenn sich DIE LINKE unvorbereitet an Regierungen beteiligte und am Praxischock zugrunde ginge.

Auf allen politischen Ebenen muss DIE LINKE die »Kommandohöhen« politischer Entscheidungsgewalt kennen. Sie darf sich nicht in bequemer Isolation einrichten und muss versuchen, gute Bedingungen für eine LINKE Regierungsbeteiligung zu erwirken. DIE LINKE hat zwar in der Opposition einiges erreicht. Sie darf aber nicht die Augen davor verschließen, dass sich seit 2005 vieles zum Schlechteren entwickelt hat: Sozialabbau, Sparpolitik, Eurokrise, prekäre Beschäftigung. Linke haben jetzt wichtige Aufgaben in einer Regierung zu erfüllen und müssen das Fenster für ein Umsteuern in Europa nutzen, das durch den Regierungswechsel in Griechenland geöffnet wurde. Nur wenn DIE LINKE den Willen hat, ihre Inhalte in Regierungen durchzusetzen, können Wähler sicher sein: Eine Stimme für DIE LINKE steht für einen Richtungs- und Regierungswechsel in ihrem Interesse.

2. These

Für den politischen Richtungswechsel muss DIE LINKE stärker werden. Aber ohne SPD und Grüne wird es nicht gehen. Auch DIE LINKE muss hierfür Kompromisse eingehen und von der eigenen Position Abstriche machen. Dennoch muss DIE LINKE dieses Bündnis wollen. Sie muss diesen Willen nach außen erkennbar kommunizieren und nach innen ihre politische Arbeit darauf ausrichten.

Alles Gejammer hilft nicht: Die Kunst LINKER Politik besteht darin, den Drang von SPD und Grünen in die Mitte zu kritisieren, aber zugleich an sich selbst zu arbeiten und sich um breite Angebote, Vorschläge, Bündnisperspektiven zu bemühen. Leider wollen viele in unserer Partei bei der einfachen Negation stehen bleiben. Es reicht aber nicht, nur durch Angriffe auf die anderen gewinnen zu wollen. Wer von 50+x-Mehrheiten für DIE LINKE träumt, lebt in einem anderen Land.

Leider kranken Diskussionen in der LINKEN, aber auch bei SPD und Bündnisgrünen oft an mangelnder Klarheit und Konsequenz. SPD/Grüne wollten 2013 gegen jede Realität eine eigene Mehrheit erreichen. Ihre Weigerung vor 2014, in Bundesländern mögliche rot-rote oder rot-rot-grüne Regierungszusammenarbeit einzugehen, ermöglichte Union und FDP Bundesratsmehrheiten für mehrere schädliche Gesetze (Betreuungsgeld, Kürzungen in der Arbeitsmarktpolitik usw.).

Aber auch die Diskussion in der LINKEN ist zu oft unehrlich. Gegen die Realität und oft im Widerspruch zur eigenen Praxis auf kommunaler und Landesebene wird so getan, als gäbe es ohne SPD und Grüne eine Mehrheitsperspektive für fortschrittliche Politik. Eine Folge: Unser Zuspruch unter Gewerkschaftern sowie früheren Rot-Grün-Wählern ist seit 2009 rückläufig – auch weil der Bezug auf diese Parteien zunehmend abstrakter wurde. Gewiss muss DIE LINKE daran arbeiten, an eigener Stärke zuzulegen. SPD und Grüne sind Konkurrenten, DIE LINKE ist nicht deren Steigbügelhalter. Dennoch: Im Westen



wird DIE LINKE absehbar nicht in die Lage kommen, die größte Partei links der Union zu sein. Damit muss sie offen und ehrlich umgehen, statt SPD und Grüne nur als Feindbild zu betrachten und sich an deren Niederlagen zu erfreuen. Entscheidend wird sein, ob die Parteien links der Union in Summe an Überzeugung und Wählerstimmen zulegen.

DIE LINKE wird Prioritäten und kluge Politik entwickeln müssen, damit Kompromisse akzeptabel sind und bleiben. Sie darf nicht bei ihren »roten Haltelinien« stehen bleiben. Vielmehr muss sie auch positive Vorhaben definieren und vorantreiben, die sie bei Eintritt in Regierungsmehrheiten durchkämpfen will. Eine Mobilisierung für positive Ziele ist meistens schwieriger als jene zur Verhinderung von Verschlechterungen. Aber gerade eine Partei, die sich den demokratischen Sozialismus auf ihre Fahnen schreibt, muss Willen, Nerven und Ausdauer haben, diese Mobilisierungsfähigkeit in »revolutionärer Kleinarbeit« (Otto Bauer) zu erlernen.

Es geht bei diesem Prozess nicht nur um DIE LINKE selbst. Es geht auch darum, die Kanzlerschaft Angela Merkels zu beenden, die wie ein Alp auf Deutschland und Europa liegt. Dafür müssen sich die Menschen eine fortschrittliche Politik, die ihre Arbeits- und Lebensbedingungen spürbar verbessert, endlich wieder ernsthaft vorstellen können.

3. These

»It's the economy, stupid!« Um die wirtschaftspolitische Verfasstheit der Parteien, die sich dem linken Spektrum zuordnen, ist es nicht allzu gut bestellt. Auch DIE LINKE muss vor der eigenen Haustür kehren. Die Lautstärke LINKER Kritik an der herrschenden Wirtschaftspolitik ist richtig. Aber die eigene Kompetenz der Gesamtpartei steht in keinem guten Verhältnis hierzu. Gegen den Glaubenssatz der »schwäbischen Hausfrau« muss DIE LINKE klarstellen: Öffentliche Investitionen kurbeln die Wirtschaft an. Es ist richtig, diese auch über Kredite zu finanzieren – zumal bei niedrigen Zinsen. Die Geldpolitik der EZB ist das falsche Feindbild.

Die SPD hat sich in der Großen Koalition eingerichtet. Trotz einzelner Verbesserungen gegenüber der Agenda 2010 haben Teile ihrer Führung fiskal- und arbeitsmarktpolitisch noch immer neoklassische Auffassungen. Sigmar Gabriel befürwortet TTIP gegen die Mehrheit der SPD. Teile des SPD-Vorstands liebäugeln damit, die Vermögenssteuer zu beerdigen – Piketty zum Trotz. Die Grünen vertreten in Teilen die irrige Auffassung, ihr bescheidenes Wahlergebnis von 2013 sei Folge linker Programmatik gewesen. Fiskalpolitisch präsentieren sie sich besonders konservativ. Sie lehnen Ausgaben »auf Pump« ab. Arbeitsmarktpolitisch teilen die Grünen viele Fehler der SPD.

Und DIE LINKE? In ihrer Ablehnung der Austeritätspolitik ist ihr nichts vorzuwerfen. Aber die Debatten um Wirtschaftspolitik spielen eine zu geringe Rolle, und auch in ihren Reihen gibt es falsche Auffassungen zu den Möglichkeiten von Staatsschulden und Geldpolitik. Dabei sollte DIE LINKE sich aus zwei Gründen stärker mit diesen Themen befassen. Erstens werden damit Rahmenbedingungen gesetzt, die die tägliche Arbeit unserer Mitglieder auf kommunaler und Landesebene prägen. Zweitens muss unsere Partei nach den Erfahrungen des 20. Jahrhunderts belastbare Vorstellungen davon haben, wie sie die Wirtschaft

demokratischer, gerechter, effizienter, ressourcenschonender und krisenfester machen will.

4. These

Wenn das rot-rot-grüne Bündnis gesellschaftliche Ausstrahlungskraft haben soll, muss es durch ein gemeinsames inhaltliches Projekt erkennbar werden. Dazu müssen die beteiligten Kräfte sich bereits vor dem Wahlgang auf Inhalte verständigen und dabei Gewerkschaften und die fortschrittliche Zivilgesellschaft einbinden. Das Bündnis muss für Fortschritt, Gerechtigkeit und Freiheit stehen.

Aus heutiger Sicht erscheint ein Bündnis oder gar Projekt aus SPD, LINKE, Grünen nach der nächsten Bundestagswahl wenig wahrscheinlich. Doch bei dieser Betrachtung stehenzubleiben, hieße, den Politikwechsel auf den Sankt-Nimmerleins-Tag zu verschieben. Den Bürgerinnen und Bürgern muss im Vorfeld erklärt werden, wofür eine andere Regierung stehen soll. Die Vorstellung, sich erstmalig nach der Wahl zusammzusetzen und um ein Regierungsprogramm zu feilschen, ist unrealistisch und nicht demokratisch.

Wir schlagen Fortschritt, Gerechtigkeit und Freiheit als Orientierungsmarken vor. *Fortschritt* heißt, dass auf hochtechnologischer Basis ein Wachstum erreicht wird, das den Reichtum aller mehrt und ökologisch nachhaltig ist. *Gerechtigkeit* heißt, dass alle Arbeit haben, von der sie gut leben können; dass allen gleiche Berufs-, Bildungs- und Zukunftschancen zuteil werden; dass der Reichtum gerecht verteilt wird, um genau diese Aufgaben bewältigen zu können – von oben nach unten auf nationalstaatlicher Ebene, aber auch global von reicheren zu ärmeren Nationalstaaten. Eine Politik globaler Gerechtigkeit ist zugleich elementare Voraussetzung für die größtmögliche *Freiheit* eines jeden und damit auch derjenigen, die bis dato von solchen Freiheitsgütern abgeschnitten sind. Umgekehrt bedarf es der Durchsetzung politischer Grund- und Freiheitsrechte, ohne die es nicht zur Verwirklichung einer sozial gerechten und umweltverträglichen Welt kommen wird. Dementsprechend müssen wir konkrete Einstiegsprojekte benennen, an denen eine alternative Regierung zu messen ist.

5. These

Fortschritt, Gerechtigkeit und Freiheit gibt es nicht ohne die Errungenschaften der bürgerlichen Gesellschaft. Der Sozialismus wird nicht auf den Trümmern des Kapitalismus, sondern aus seinem Schoße entstehen. Der Weg dahin führt über den Kampf für eine solidarische Ökonomie und für eine partizipative Demokratie.

DIE LINKE nimmt emanzipatorische Potenzen der bürgerlichen Gesellschaft zu wenig zur Kenntnis, sondern zeichnet zu oft nur Bilder bürgerlichen Elends. Stattdessen sollte DIE LINKE aufzeigen, welcher Fortschritt durch moderne Produktionsverhältnisse und Produktivkräfte entfesselt werden könnte, der durch falsche Strukturen und Politik blockiert wird. Es geht nicht darum, die bürgerliche Gesellschaft abzuschaffen, sondern sie »aufzuheben«, indem ihre zerstörerischen Tendenzen beseitigt, ihre Fortschrittspotenziale aber beibehalten und ausgebaut werden. An der begonnenen Emanzipation des Individuums aus den Fesseln archaischer vormoderner Gemeinschaften muss

DIE LINKE also festhalten und die Freiheitsrechte der Individuen entschlossen gegen ihre Feinde verteidigen. Als Sozialisten kritisieren wir die bürgerliche Gesellschaft nicht dafür, dass sie Freiheits- und Individualrechte hervorgebracht hat. Wir kritisieren die bürgerliche Gesellschaft dafür, dass sie in ihrem Inneren Gewalttätigkeit, Ausschluss und Ungleichheit produziert.

Wenn die neue Gesellschaft im Schoße der alten entsteht, muss DIE LINKE selbst die Entfaltung der Produktivkräfte wollen. In unserer Programmatik tun wir es, aber auch in der politischen Praxis? Und wir müssen viel dichter am vorhandenen Bewusstsein der gesellschaftlichen Akteure ansetzen:

Viele Menschen erleben schon heute oftmals größere Freiheitsspielräume als früher: weniger Patriarchat, weniger Fabrikdisziplin, mehr digitale Zugänge, mehr individuelle Ansprüche, mehr Bildung, ein Zuwachs an »general intellect« (Marx). DIE LINKE tut also gut daran, das Freiheitsversprechen der bürgerlichen Gesellschaft gegen die unvollkommene Wirklichkeit zu mobilisieren und Menschen dazu einzuladen, an der gesellschaftlichen Transformation für eine bessere Welt mitzuwirken.

Die Mammutaufgabe, vor der die gesellschaftliche Linke steht, ist der Einstieg in eine solidarische Ökonomie, in der sich makroökonomische Steuerung, Umverteilung von Einkommen und Arbeitszeit, hochtechnologische Investitionspolitik für moderne industrielle Kerne, Entwicklung moderner technikbasierter Dienstleistungen, individualitätsstützende Sozialpolitik und neue Formen des Öffentlichen ergänzen.

6. These

DIE LINKE fordert zu Recht Umverteilung von Einkommen, mehr öffentliches Eigentum, mehr soziale Dienste, die sich mehr Leute leisten können sollen. Auf absehbare Zeit muss DIE LINKE daher wollen, dass es insgesamt mehr zu verteilen gibt. Sie muss also für Wachstum eintreten – auch nachhaltiges Wachstum ist Wachstum.

Es stimmt, dass bislang Wirtschaftswachstum mit höherem Naturverbrauch einhergeht. Daher muss Wirtschaftswachstum künftig von erhöhter Ressourcenproduktivität begleitet werden. Doch jede Politik, die den bisher erreichten Wohlstand nicht nur halten oder gar ausbauen, sondern auch gerechter verteilen will, wird in jedem Fall mehr ökonomische Kompetenz, Steuerung und Planung benötigen. Möchte DIE LINKE hier ernst genommen werden, muss sie das Thema selbst ernster nehmen.

Wachstum vergrößert den zu verteilenden Kuchen und verbessert die Kampfbedingungen der Lohnabhängigen. Dennoch ist es falsch, wenn nur die Wirkung von Wachstum auf Verteilung beachtet wird. Denn umgekehrt begünstigt eine größere Gleichverteilung auch mehr Wachstum. Daraus darf aber nicht folgen, dass LINKE die Erwirtschaftung immer schon als gegeben voraussetzen und sich daran nicht »die Hände schmutzig machen«. Es wäre hilfreich, wenn wir uns über diese Konsequenz im Klaren wären – trotz berechtigter ökologischer Kritik.

7. These

DIE LINKE muss eine Politik einfordern, mit der der Trend zur De-Industrialisierung in Europa umgekehrt wird und der Anteil des verarbeitenden Gewerbes an der Wertschöpfung auf hochtechnologischer Basis (etwa Industrie 4.0) wieder steigt. Gewiss wird Technik im Kapitalismus zuweilen missbraucht und deformiert, aber im Ganzen ist Technik eher Teil der Lösung als Teil des Problems. Wir brauchen technischen Fortschritt, der Lebensqualität erhöht und Probleme löst. Dazu muss sich DIE LINKE bekennen.

Qualitätsbewusste Warenproduktion und Produktivitätssteigerung durch Innovation, technischen Fortschritt und industrielle Investitionen begrüßen wir ausdrücklich. Eine solche Industriepolitik müsste auch sinnvolle private Investitionen befördern. Klar ist aber auch, dass mehr öffentliche Investitionen getätigt werden müssen und manche Privatisierung rückgängig zu machen ist. Investive, technikbasierte Aktivitäten richten sich zweifellos auch auf die Produktion materieller Güter, aber nicht ausschließlich. Es geht auch darum, für eine höhere Lebensqualität den ökologischen Umbau von Produktion, Verkehr und Infrastruktur voranzutreiben, die öffentliche Daseinsvorsorge und die Sozialsysteme zu stützen, moderne Dienstleistungen zu fördern und der digitalisierten Wissensökonomie den Weg zu ebnen.

Von besonderer Bedeutung wird das Verhältnis von Industriepolitik und ökologischem Umbau sein. Wichtiges Ziel technikbasierter Investitionen ist es, den Einsatz nicht-erneuerbarer Ressourcen zu reduzieren, Energieeffizienz zu erhöhen und die Entwicklung regenerativer Energiequellen voranzutreiben. Nötig ist es, unmittelbare Aktivitäten von Gebietskörperschaften und öffentlichen Unternehmen in Richtung des technikbasier-

Informativ, knapp und klar:
Ossietzky

Die Schaubühne seit 1905
Die Weltbühne seit 1918
Ossietzky seit 1998

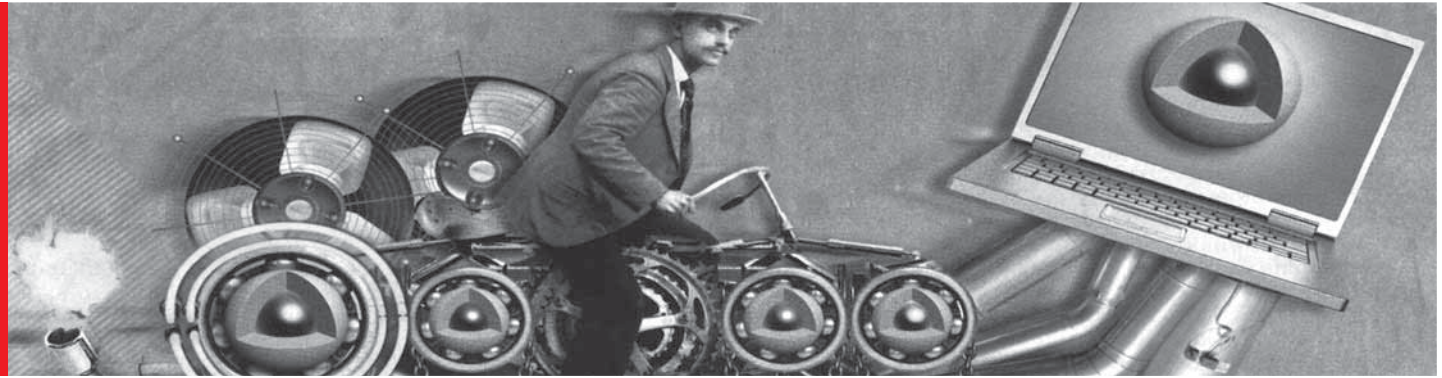
»Der Krieg ist ein besseres Geschäft als der Friede. Ich habe noch niemanden gekannt, der sich zur Stillung seiner Geldgier auf Erhaltung und Förderung des Friedens geworfen hätte. Die beutegierige Canaille hat von eh und je auf Krieg spekuliert.«
Carl von Ossietzky in der Weltbühne vom 8. Dezember 1931

Ossietzky erscheint alle zwei Wochen in Berlin – jedes Heft voller Widerspruch gegen angstmachende Propaganda, gegen Sprachregelung, gegen das Plattmachen der öffentlichen Meinung durch die Medienkonzerne, gegen feigen Selbstbetrug.

Ossietzky unter Mitarbeit von Daniela Dahn und Rainer Butenschön. Herausgegeben von Rolf Gössner, Ulla Jelpke, Arno Klönne, Otto Köhler und Eckart Spoo

Ossietzky – die Zeitschrift, die mit Ernst und Witz das Konsensgeschwafel der Berliner Republik stört.

Ossietzky Verlag GmbH • ossietzky@interdruck.net
Siedendolsleben 3 • 29413 Dähre • www.ossietzky.net



Karikatur: Economist

ten ökologischen Umbaus voranzutreiben sowie private Aktivitäten durch direkte Vorgaben und Instrumente politischer Marktsteuerung zu regulieren.

8. These

Technologischer Fortschritt und ökonomischer Strukturwandel haben zu neuen Formen der Arbeitsorganisation geführt. In dieser Entwicklung steckt nicht nur Potenzial zu Entfremdung und Druck, sondern auch zu mehr Freiheit und Selbstbestimmung. DIE LINKE muss ein Angebot erarbeiten, um die neuen Potenziale der Menschen für eine emanzipatorische Politik aufzunehmen und ihre veränderten Lebensläufe sozialpolitisch gerecht abzusichern.

Neue Formen von Projekt- oder Gruppenarbeit haben sich herausgebildet, ebenso neue Formen von Selbständigkeit und weitere Beschäftigungsarten, die nicht dem vertrauten Normalarbeitsverhältnis entsprechen. Unternehmerische Orientierung am Ziel der Profitabilität wird weniger als früher übers Direktionsrecht der Unternehmensführung umgesetzt. Das kapitalistische Management will vielmehr, dass die Arbeitskräfte den Ablauf ihrer Arbeit selbst gestalten und sich den Imperativen des Marktes aussetzen. Das führt zu Widersprüchen und Stress. Die Gewerkschaften wissen, wovon die Rede ist. Der Kampf gegen Arbeitsstress und für gute Arbeit ist ins Zentrum ihrer Tätigkeit gerückt. Auch bei besonders qualifizierten Fachkräften ist Eigenverantwortlichkeit Bestandteil einer Entwicklung, die über zunehmende Konkurrenz Stress produziert, mit Unsicherheit einhergeht und durch die Entwertung von Qualifikationen auch zu »Ausmusterung« und sozialem Abstieg führen kann.

Doch es wäre zu kurz gegriffen, diese Entwicklung nur vom Stress her zu betrachten. Marx betonte die allgemeine Bedeutung von Arbeit fürs Menschsein: Indem der Mensch durch Arbeit »auf die Natur außer ihm wirkt und sie verändert, verändert er zugleich seine eigne Natur. Er entwickelt die in ihr schlummernden Potenzen und unterwirft das Spiel ihrer Kräfte seiner eignen Botmäßigkeit«. Im modernen Kapitalismus erreicht diese Entwicklung eine neue wissenschaftliche Stufe, die den Menschen auch bereichert.

Die moderne Arbeitswelt ist für DIE LINKE bisher eher unbekanntes Land. Das liegt nahe: Hoch qualifizierte Fachkräfte sind in der mitgliedermäßigen Zusammensetzung noch unterproportional vertreten. Dass sich DIE LINKE ums Prekariat und um den Öffentlichen Dienst kümmert, ist daher weder verwunderlich noch zu tadeln. Dass sie eine Kampagne startet, die

auf die Einschränkung oder gar Beseitigung prekärer Beschäftigungsverhältnisse zielt, ist völlig richtig – weil es niemand anderes tut und es um die Würde von Hunderttausenden geht. Aber klar ist: Damit allein wird man nicht zu einer gesellschaftsverändernden Kraft!

Daraus folgt, dass sich DIE LINKE intensiver um das Feld der Arbeit kümmern muss. Freiheitsräume von Beschäftigten zu wahren, die Kultur sozialer Unsicherheit einzudämmen und den Sozialstaat mit Blick auf den Wandel der Arbeit zukunftsfest zu machen, darum geht es. Diese Aufgabe betrifft nicht nur den Bereich der Erwerbsarbeit. Denn die zunehmende Flexibilisierung in der Erwerbsarbeit erwirkt eine Entgrenzung der gesellschaftlichen Arbeit insgesamt, bei der Phasen von Erwerbs- und Reproduktionsarbeit sich gegenseitig durchdringen. Wenn wir also über den Stellenwert der Arbeit heute sprechen, so reden wir über Erwerbs- und Reproduktionsarbeit, die beide in eine Politik der Regulierung mit einzubeziehen sind, wenn wir wieder mehr Menschen für die Einmischung in die Politik gewinnen wollen.

9. These

Europa ist nicht alles, aber ohne Europa ist alles nichts. DIE LINKE kritisiert zu Recht die neoliberale Verfasstheit der europäischen Integration und die abgehobene politische Führung der EU. Aber Hand aufs Herz: Das europäische Bewusstsein der LINKEN musste auch erst durch die wichtigen Abwehrkämpfe gegen die europäische Austeritätspolitik »wachgeküsst« werden. Die schwierige Situation von Syriza und möglichen weiteren linken Regierungen unter dem Merkelschen Austeritätsregime sollte klarmachen: DIE LINKE muss sich entschieden mehr um die Europapolitik kümmern.

Die dominante und desaströse Rolle der deutschen Regierung in der EU muss von uns thematisiert werden. Zudem müssen wir auf die besondere Notwendigkeit und Möglichkeit Deutschlands für eine solidarische Entwicklung in Europa hinweisen. Diese erfordert höhere Lohnsteigerungen und die Anregung von Investitionen in Deutschland zur Reduzierung außenwirtschaftlicher Ungleichgewichte in Europa. Ohne ein europäisches Aufbauprogramm, mit dem Investitionen vor allem in die notleidenden »Peripherie«-Länder gelenkt werden, kann die wachsende Spaltung innerhalb der EU nicht aufgehoben werden. Notwendig wird es aber auch sein, dass sich zentralstaatliche europäische Mechanismen auf solidarischer Grundlage entwickeln. Hierzu gehören eine abgestimmte expansive Ausgaben-

politik, eine expansive Geldpolitik der EZB ohne Sparvorgaben für die EU und die Nationalstaaten, eine EU-Ausgleichsunion und Wechselkursvereinbarungen zwischen der EU und anderen Teilen der Weltwirtschaft sowie eine Regulierung der Finanzmärkte. Dies setzt voraus, die europäischen Vertragswerke an jenen Stellschrauben, die europäischer Solidarität entgegenstehen, zu revidieren. An einem radikalen Umbau der EU führt kein Weg vorbei.

10. These

Die Menschenrechte – individuelle Freiheitsrechte und soziale Grundrechte – sind Fundament linker Politik, und dies gilt für Innen- und Außenpolitik gleichermaßen. Denn um was sonst geht es im Sozialismus? Doch darum, die gesellschaftlichen Voraussetzungen zu schaffen, dass diese Rechte für alle umgesetzt werden. DIE LINKE muss diesen Anspruch als Menschenrechtspartei verkörpern und leben – nicht mehr und nicht weniger.

Wer unterschreibt nicht den Satz »Die Menschenrechte sind universell und unteilbar«? Auch wir tun es, sehen uns aber genötigt, sofort allerlei Sätze hinzuzufügen. Menschenrechte seien Vorwand für imperiale Interventionspolitik, würden für ideologische Vernebelung durch die Herrschenden genutzt. Mitunter entsteht der Eindruck, dass wir über die richtige Kritik an diesen Sachverhalten den positiven Bezug auf weltweit und damit überall einzufordernde Rechte vergessen. Ein verquastetes »Ja, aber« steht uns nicht gut zu Gesicht, wir müssen verschiedene Verfechter der Menschenrechte sein.

Besonders schwierig wird es, wenn wir programmatisch feststellen, die Menschenrechte seien dem Gewaltverbot der UN-Charta strikt untergeordnet. Das ist völkerrechtlich falsch und politisch-moralisch unhaltbar. Versuche, das Spannungsverhältnis zwischen kategorischer Menschenrechtspolitik und friedenssicherndem Nichteinmischungsgebot einseitig nach einer Seite hin aufzulösen, taugen nicht. Man landet unweigerlich beim Menschenrechtsbellizismus oder beim Menschenrechtsnihilismus. Beides können wir nicht wollen – es muss etwas Drittes geben, eine klügere Lösung.

11. These

Wie unsere »Weltfriedensordnung« aussehen soll, bleibt noch zu unbestimmt und auf »Antimilitarismus« beschränkt. Unsere Forderung, »Frieden mit friedlichen Mitteln« erreichen zu wollen, muss endlich substantiell gefüllt werden. Den Fragen, wie man im Rahmen der Vereinten Nationen entgrenzter Gewalt entgegentreten kann, werden wir nicht endlos ausweichen können.

Die Welt ist aus den Fugen geraten. Ratlosigkeit breitet sich aus, weil die bisher gegebenen, primär militärischen Antworten auf die heutigen Krisenprozesse die Probleme nur verschärft haben. Aber wissen wir, wie man Staatszerfall, Terrorismus, neuerlichen Gewalteskalationen und globalen Umweltproblemen begegnen soll? Unsere Kenntnisse über die sich wandelnde Welt und unsere Politikvorschläge bleiben hinter dem zurück, was gebraucht wird.

Eine naheliegende Antwort auf die »aus den Fugen geratende Welt« lautet: Die Vereinten Nationen und ihre Regionalorga-

nisationen müssen endlich an die erste Stelle gerückt werden, wenn es um die Sicherung des Friedens und globale Zusammenarbeit geht. Und: Es braucht verlässliche Regeln des Zusammenlebens, um die Willkür der Stärkeren durch Recht und Völkerrecht zu ersetzen. Auch der Internationale Strafgerichtshof gehört dazu. Mit diesen Fragen müssen wir uns mehr beschäftigen und klarere Vorstellungen entwickeln.

Klar ist: »Zivile Antworten« auf gewaltförmige Konflikte müssen absolutes Primat haben. Bundesaußenminister Steinmeier verkündet, sein Ministerium umbauen zu wollen, um ziviler Konfliktvorbeugung die gebührende Aufmerksamkeit zu schenken. An der Disparität zwischen Militärausgaben und Mitteln für zivile Konfliktbearbeitung wird sich jedoch nichts ändern, die Logik »militärischer Nachsorge« steht weiter oben. DIE LINKE hat lange gezögert, ob sie sich diesem Feld überhaupt zuwenden soll – weil »die Herrschenden« die zivile Konfliktbearbeitung längst in ihren außenpolitischen Instrumentenkasten integriert haben. Auch hier gilt es, die bloße Abwehrhaltung zu überwinden und konstruktive Ideen einzubringen.

DIE LINKE propagiert Solidarität mit denen, die existenziell durch kriegerische Gewalt und Terror bedroht sind. Und sie betont eine Politik der Gewaltfreiheit als ehernes Prinzip. Doch beide Vorsätze können zuweilen in Widerspruch zueinander geraten. Beispiel Kobane: Wenn wir zu Recht betonen, dass der militärische Widerstand von Kurden in Syrien und im Irak gegen die mörderischen Attacken des IS legitim ist, dann sagen wir implizit auch, dass es Extremsituationen gibt, in denen das Recht auf Leben mit der Waffe in der Hand verteidigt werden muss. Ein linkes Transparent gegen die US-Bombenangriffe passt dann auch nicht dazu, dass DIE LINKE im Bundestag die Befreiung Kobanes feiert, die durch das Zusammenwirken von kurdischen, irakischen und iranischen Kämpfern am Boden und US-Kampflugzeugen in der Luft erreicht wurde. Das Recht auf Notwehr und die Pflicht zur Nothilfe – wenn möglich – gehören untrennbar zusammen. Nun kann man anzweifeln, ob es in der heutigen kapitalistischen Staatenwelt und einer von Großmächten dominierten UNO überhaupt integre, uneigennützig und legitime »Nothelfer« gibt.

Andererseits kann es keine politisch und moralisch vertretbare Position sein, eine bedrängte Bevölkerung mit dem Hinweis zu trösten, dass sie internationale Hilfe erst zu erwarten habe, wenn erst einmal der Imperialismus überwunden und die UN wirklich demokratisch sei. (Ganz abgesehen davon, dass ein solcher Gedanke auch unlogisch wäre: Denn in diesem »Goldenen Zeitalter« wird es doch gar keinen Terrorismus mehr geben, oder?)

Über diese Fragen müssen wir diskutieren und nachdenken können, ohne dass eine Seite sofort mit dem Bannstrahl der Kriegstreiberei belegt wird. Hätte die UNO nicht die Möglichkeit gehabt, den Völkermord in Ruanda vor gut 20 Jahren zu verhindern, und wenn ja, hätte sie es nicht tun müssen? Warum soll das heute anders sein? Das hindert uns ja keineswegs, immer wieder eine vorausschauende Politik einzufordern, mit der solche Zwangssituationen gar nicht erst entstehen können.

Deutungsfähigkeit

Redaktion Sozialismus

»Ist die Krise *nunmehr* die Stunde der Linken?« Offenkundig nicht. Jetzt, wo das griechische Wahlvolk die zerstörerische Austeritätspolitik abgewählt hat und Syriza mit dem Rücken zur Wand eines ökonomischen Spielraums für einen Politikwechsel bedarf, existiert keine kohärente, handlungsfähige europäische Linke, die auch nur öffentlichkeitswirksamen Druck auf die nationalen und europäischen politischen Eliten ausüben könnte. Ferner: Trotz eines Europäischen Gewerkschaftsbundes bleiben die großen Einzelgewerkschaften auf ihre nationalen Lohnregime fokussiert und die gewerkschaftliche Initiative »Europa neu begründen« Appell.

Zum politischen Umfeld aller europäischen »Linksparteien« gehören das Erstarken eines modernen Rechtspopulismus wie die Abkehr nahezu einer Hälfte der jeweiligen Wahlbevölkerung von der aktiven Teilnahme an den politischen Willensbildungsprozessen auf kommunaler wie nationaler Ebene. Mit einer adäquaten Analyse und politischen Antwort auf diesen Rechtspopulismus, hinter dem massive arbeitgesellschaftliche, sozialstrukturelle und demokratiepolitische Verwerfungen des Finanzmarktkapitalismus stehen, tun sich die Linksparteien in den jeweiligen Ländern nach wie vor schwer.

Aber bleibt nicht doch der Selbstzweifel innerhalb der Elite wegweisend: »Ich beginne zu glauben, dass die Linke recht hat.« (Frank Schirrmacher) Dieses Eingeständnis an Perspektivlosigkeit neoliberaler Politik »verstörte« die Linke, machte sie kurzzeitig »sprachlos« und beförderte einen fatalen Beißreflex: Zur Bewahrung des linken, systemkritischen Alleinstellungsmerkmals fordern Teile der Linken verstärkt die Abgrenzung, wenn nicht gar einen »Bruch« mit der Sozialdemokratie und »beschwören ängstlich die Geister der Vergangenheit« (Marx). Da-

gegen ist die »Verzweigung der SPD« (Heribert Prantl) vielmehr Ausdruck strategischer wie hegemoniepolitischer Orientierungslosigkeit. Der amtierende Parteivorsitzende Gabriel »hat der SPD keine neue Machtoption eröffnet, weder inhaltlich noch strategisch ... Gewinner ist die Linkspartei. Indem der SPD-Parteivorsitzende in die Mitte rückt, gibt er das linke Spektrum für die SPD praktisch verloren.« (Albrecht von Lucke, Blätter für deutsche und internationale Politik 1/2015).

Ein Ausweg: eine Debatte über die Zukunftsfähigkeit von Rot-Rot-Grün für einen Politikwechsel. Wichtig ist dabei, dass die Linkspartei selbst ihre »Sprachlosigkeit« überwindet. Das wird nicht ohne innerparteilichen Streit um eine moderne sozialistische Transformationsstrategie abgehen. So hat der Thüringer Landesverband schon länger eine Methode der politischen Arbeit praktiziert, mit der über den Aufbau einer bündnispolitischen Vertrauenskultur Grüne und SPD gegenüber einer bürgerlichen Hegemonie für ein Regierungsprojekt gewonnen werden konnten, das die Bürger selbst zu Beteiligten machen will. *Sozialismus* begleitet daher dieses Projekt publizistisch.

Um diese bündnispolitischen Herausforderungen gibt es aber innerparteiliche Richtungsaus-



zwei Linien der Politik, die nicht miteinander vereinbar sind« (Junge Welt, 18.3.2015), hält. In der Kritik wird sich auf folgende These bezogen: »Die Vorstellung, dass (Mitte-)Linksregierungen notwendig oder auch nur im Regelfall progressive Politik nach sich ziehen, ist falsch«, so Raul Zelik im ND vom 1.6.2014. Andererseits begründet die Vorsitzende der Linkspartei in Thüringen den eingeschlagenen Weg damit, dass darin DIE LINKE »als Ort der gemeinsamen Praxis funktioniert, in der sich Erfahrungen neu zusammensetzen und gesellschaftlich etwas bewegen können«, wie Raul Zelik schrieb« (Susanne Hennig-Wellsow, ND vom 16.3.2015).

Um strategische Überlegungen geht es auch in den beiden voranstehenden Beiträgen »Verbindende Partei« und »Aprilthesen«. Eine links-populäre Gegenstrategie zielt für den LINKEN-Vorsitzenden darauf ab, »solidarische Brücken« in der Bündelung unterschiedlicher Milieus und Erfahrungen zu fördern; und die »Aprilthesen« fordern die LINKE dazu auf, ihren bündnispolitischen »Willen nach außen erkennbar zu kommunizieren und nach innen ihre politische Arbeit darauf auszurichten«. In dieser Strategiediskussion sollte die Deutungskompetenz für die Gesamtpartei durch die argumentative Bezugnahme auf innerparteiliche Gegenpositionen noch erhöht werden.

Es sei daran erinnert: In der Geschichte der Linken stehen gerade die »Aprilthesen« von 1917 für einen innerparteilich nicht breit ausdiskutierten radikalen Kurswechsel politischer Beschleunigung – Lenins linksradikaler »Tigersprung« über die bürgerlich-parlamentarische Demokratie hinaus –, der nicht lange trug und sich schon nach kurzer Zeit bitter rächen sollte. Für die kapitalismustheoretische Erdung der laufenden Transformations- und Strategiediskussion innerhalb der LINKEN sollten aus unserer Sicht daher alle Beteiligten bedenken: »Wenn wir nicht in der Gesellschaft, wie sie ist, die materiellen Produktionsbedingungen und ihnen entsprechenden Verkehrsverhältnisse für eine klassenlose Gesellschaft verhüllt vorfänden, wären alle Sprengversuche Donquichoterie.« (Karl Marx 1857/58)

Karikatur: Economist

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Die neue LINKE
 - Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
 - Internationales/Krieg & Frieden
 - Buchbesprechungen/Filmkritiken
 - sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen
- ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo. Beides geht mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 70,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto).
Ich möchte die Buchprämie ABC Mandel Roth
- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 50,- (für Arbeitslose/Studenten).
Ich möchte die Buchprämie ABC Mandel Roth
- Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 14,-/Ausland € 19,-).
- Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Bitte als
Postkarte
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de

